

Bern, 18. September 2026

Medienmitteilung

Kantone unterstützen «Verkehr '45» und fordern gezielte Anpassungen

Die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) und die Konferenz der kantonalen Direktorinnen und Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV) haben im Rahmen ihrer jährlichen Hauptversammlung einstimmig eine gemeinsame Stellungnahme zur Vernehmlassung «Verkehr '45» verabschiedet. Die Vorlage ist wichtig für die Schweiz und die Kantone unterstützen wesentliche Elemente, allen voran die Verlängerung des zusätzlichen MWST-Promilles und die verkehrsträgerübergreifende Stossrichtung der Vorlage. Insbesondere beim Bahnteil orte die Kantone aber noch erheblichen Anpassungsbedarf, bevor der Bundesrat dem Parlament die Botschaft unterbreitet.

Breite Unterstützung für Finanzierung

Mehrere Elemente der Vorlage werden von den Kantonen breit unterstützt. Einhellig begrüsst wird die vorgeschlagene Verlängerung des befristeten Mehrwertsteuer-Promilles zugunsten des Bahninfrastrukturfonds (BIF). Auch der Grundgedanke einer gemeinsamen, verkehrsträgerübergreifenden Vorlage für Bahn, Strasse und Agglomerationsverkehr, der für 2028–2031 vorgesehene Zahlungsrahmen für die Nationalstrassen sowie die Finanzierung der 5. Generation des Programms Agglomerationsverkehr stossen auf breite Zustimmung.

Anpassungsbedarf beim Bahnteil

Gleichzeitig weist die Vorlage aus Sicht von BPUK und KöV – insbesondere beim Bahnteil – in mehreren zentralen Punkten noch nicht die notwendige Reife auf. Bis zur definitiven Botschaft fordern die Kantone beispielsweise eine transparente BIF-Finanzplanung sowie die Prüfung ergänzender Stabilisierungsmassnahmen für den Fonds. Zudem braucht es eine realistische Budgetierung der Ergänzungsmassnahmen für die Horizonte 2040 und 2045 sowie ein langfristiges Zielbild für die Weiterentwicklung der Bahn bis zur «Botschaft 31». Ebenso braucht es erste, aufwärtskompatible Realisierungsschritte auf der Ost-West-Achse.

«Wir stehen hinter Verkehr '45. Damit die Vorlage im Parlament und letztlich beim Volk auf eine breite Mehrheit zählen kann, braucht es aber gezielte Anpassungen – allen voran beim Bahnteil», meint Fabian Peter, Präsident der KöV und Regierungsrat des Kantons Luzern.

«Wichtig ist eine gesicherte Finanzierung der Vorlage. Deshalb braucht es unbedingt die Verlängerung des zusätzlichen MWST-Promilles», meint der Präsident der BPUK Jean-François Steiert, Staatsrat des Kantons Freiburg.

Konstruktive Mitarbeit im weiteren Prozess

Die BPUK und KöV betonen, dass die Vorlage wichtig ist. Beide Konferenzen zeigen sich überzeugt, dass mit gezielten Anpassungen bis zur definitiven Botschaft eine mehrheitsfähige, breit getragene Vorlage erarbeitet werden kann, und sind bereit, sich konstruktiv an diesen Arbeiten zu beteiligen.

Weitere Auskünfte erteilen:

Fabian Peter, Präsident der KöV, zwischen 14.15 – 15.00 Uhr, 041 228 85 06, medien.buwd@lu.ch

Jean-François Steiert, Präsident der BPUK, zwischen 11.00 – 13.00 Uhr, 079 204 13 30

Die gemeinsame Vernehmlassungsstellungnahme ist auf den Websites von BPUK und KöV unter «Stellungnahmen» aufgeschaltet.